

Ergänzung zum Positionspapier

zivilgesellschaftlicher Organisationen der deutsch-russischen Zusammenarbeit
zu Problemen und Sofortmaßnahmen

zu Verbesserungen im deutsch-russischen Visaverkehr für die Interfraktionelle Arbeitsgruppe im Deutschen Bundestag zur öffentlichen Anhörung

„Praxis der Visumerteilung durch die Vertretungen der Bundesrepublik
Deutschland im Ausland“

im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, am Mittwoch, 28. September 2011

„Die Gruppe der fünf zivilgesellschaftlichen Organisationen sieht es als grundlegend für die raschestmögliche Verwirklichung der Visafreiheit mit Russland an, dass sie erreicht wird, ohne dass dies die Souveränität und internationalen Rechte anderer Länder der Europäischen Nachbarschaftspolitik (etwa der Ukraine und Moldovas) berührt. Dies bedeutet konkret: Visafreiheit wird für alle Staaten in Osteuropa schnellstmöglich angestrebt - Russland und jedes der anderen osteuropäischen Länder soll die Visafreiheit erhalten, sobald es die dafür jetzt geltenden Voraussetzungen, die für alle gleich sind, erfüllt. Die Anstrengungen dafür sind in Richtung Russlands ebenso wie in die der anderen ENP-Staaten mit größter Intensität voranzutreiben und frühestmöglich zu vollenden.“

Die Gruppe unterstützt damit die Möglichkeit, dass Russland, wenn es die Voraussetzungen erfüllt, die Visafreiheit früher erhalten kann als andere Staaten, die diese Voraussetzungen noch nicht erfüllen.

Berlin, 27. September 2011

Deutsch-Russisches Forum e.V.

Martin Hoffmann, Geschäftsführendes Mitglied des Vorstands

Deutsch-Russischer Austausch e.V.

Stefan Melle, Geschäftsführer

Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften e.V. (BDWO)

Peter Franke, Vorsitzender des Vorstandes

Stiftung West-Östliche Begegnungen

Dr. Helmut Domke, Vorstand

Russlandhilfe e. V.

Anne Hofinga, Vorsitzende des Vorstands